

L30**Abteilung 2 Alexanderplatz****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Zuckersteuer auf Lebensmittel**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-
2 glieder der Berliner Landesregierung und die
3 Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordne-
4 tenhaus auf, eine Initiative zur Einführung ei-
5 ner Zuckersteuer auf Lebensmittel im Bun-
6 desrat zu unterstützen.

7

8 Begründung

9 Weniger Zucker in Lebensmitteln ist wichtig,
10 um Krankheiten vorzubeugen und die Ver-
11 haltensprävention zu fördern. Die ASG Ber-
12 lin unterstützt diesen Ansatz seit Jahren. Die
13 in Deutschland seit 2015 geltende Selbstver-
14 pflichtung der Industrie, den Zuckeranteil in
15 Lebensmitteln, um bis zu 15 Prozent zu sen-
16 ken, war nicht erfolgreich und auch zu keinem
17 Zeitpunkt erfolgsversprechend. In Deutsch-
18 land sind ca. 67 % der Männer und ca. 53 % der
19 Frauen übergewichtig, 23 % der Männer und
20 24 % der Frauen sind sogar stark übergewich-
21 tig. Bezüglich Kindern und Jugendlichen zei-
22 gen Daten der letzten Jahre, dass mindestens
23 10 % der Kinder in Deutschland übergewich-
24 tig sind und ca. 6 Prozent sogar eine schwe-
25 re Adipositas haben. Gerade bei den Kindern
26 kann nicht auf einen freiwilligen Verzicht zu-
27 ckerhaltiger Getränke gesetzt werden, da die
28 Nahrungsmittelindustrie mit der verlocken-
29 den Werbung und Irreführungen hier ganz
30 klar nur profitorientiert agiert. Eine gestaf-
31 felte Zuckersteuer hat z.B. in Großbritannien
32 zur signifikanten Senkung des Zuckeranteils
33 in Softdrinks geführt. Sie beträgt dort der-
34 zeit 18 Pence je Liter, ab einem Zuckergehalt
35 von 5 Gramm pro 100 Milliliter. Ab 8 Gramm
36 Zucker pro 100 Milliliter werden 24 Pence je
37 Liter erhoben. Nach Ankündigung der Steuer
38 reduzierte sich der Zuckerkonsum durch
39 Softdrinks bei Kindern um etwa die Hälfte,
40 bei Erwachsenen um ein Drittel. In der Fol-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Kein Konsens)**

Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-
glieder der Berliner Landesregierung und die
Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordne-
tenhaus auf, eine Initiative zur Einführung ei-
ner Zuckersteuer auf Lebensmittel im Bun-
desrat zu unterstützen **und die Einnahmen
aus der Steuer zweckgebunden für gesund-
heitsfördernde Maßnahmen zu verwenden.**

41 ge ging der Anteil von Adipositas bei Kindern
42 zurück. Auf der Verbraucherschutzminister-
43 konferenz hat im Juli 2024 eine Mehrheit der
44 Bundesländer gefordert, die Einführung ei-
45 ner solchen Steuer zu prüfen. Hier sollte sich
46 auch das Land Berlin anschließen. In der Ver-
47 gangenheit haben sich u. a. auch der Be-
48 rufsverband der Kinder- und Jugendärzte und
49 die Deutsche Diabetes Gesellschaft für eine
50 Zuckersteuer ausgesprochen. Die Deutsche
51 Adipositas-Gesellschaft (DAG), die Deutsche
52 Diabetes Gesellschaft (DDG) und die Deut-
53 sche Gesellschaft für Ernährung (DGE) emp-
54 fehlen eine maximale Zufuhr von 50 Gramm
55 freien Zuckern pro Tag, was maximal 10 Pro-
56 zent der täglichen Gesamtenergiezufuhr von
57 2000 kcal entspricht.